

Antrag

A13 Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung

Antragssteller*innen: BDKJ-Bundesvorstand

Antragstext

1 **Junge Menschen sind Gegenwart und Zukunft unserer Demokratie.** Doch ihre Stimmen,
2 Bedürfnisse und Perspektiven finden noch immer zu selten Berücksichtigung in
3 politischen Entscheidungen. Obwohl junge Menschen ein Drittel unserer
4 Bevölkerung ausmachen, werden ihre Anliegen in Politik und Gesellschaft
5 unzureichend berücksichtigt. Als BDKJ fordern wir die Bundesregierung auf,
6 Generationengerechtigkeit als politischen Kompass zu verankern – als
7 verbindliche Haltung und ressortübergreifende Leitlinie für verantwortungsvolles
8 politisches Handeln.

Generationengerechtigkeit ist mehr als eine Frage der Finanzen

9 **Generationengerechtigkeit ist eine Frage der gesellschaftlichen Verantwortung**
10 **und der intergenerationellen Solidarität – nicht nur der Finanzen.**

11 Generationengerechtigkeit darf nicht auf Debatten um Schuldenbremse oder
12 Rentenpolitik verkürzt werden. Sie ist keine rein fiskalische Kategorie, sondern
13 eine Frage der demokratischen Verantwortung. Sie betrifft Lebensrealitäten,
14 Teilhabechancen und Gestaltungsspielräume – heute und mit Blick auf eine
15 gerechte, nachhaltige Zukunft für alle Generationen. Dabei geht es auch um
16 globale Gerechtigkeit. Generationengerecht zu handeln bedeutet auch,
17 Verantwortung über Landesgrenzen hinweg zu übernehmen, etwa durch internationale
18 Klima- und Entwicklungspolitik, globale Bildungs- und Teilhabechancen. Es geht
19 unter anderem um Digitalisierung, soziale Gerechtigkeit, Mobilität, (mentale)
20 Gesundheit, Gleichstellung, Engagement und politische Mitbestimmung – also um
21 all jene Strukturen, die darüber entscheiden, wie Menschen in dieser
22 Gesellschaft aufwachsen, sich entfalten und ihr Leben gestalten können.

Eine Haltung, die junge Menschen als gleichwertige Bürger*innen anerkennt

24 **Politik darf sich nicht länger primär an den Bedürfnissen und Sichtweisen**
25 **Erwachsener orientieren.** Sie muss bestehende Machtstrukturen hinterfragen und
26 systematisch Räume der Mitgestaltung durch junge Menschen schaffen. Es braucht
27 eine Politik, die junge Menschen als vielfältige Individuen mit
28 unterschiedlichen Biografien, Interessen, Stärken, Bedürfnissen und
29 Lebensentwürfen ernst nimmt und dabei eine intersektionale Perspektive einnimmt.
30 Eine Politik, die sich löst von einem adultistischen Maßstab und junge Menschen
31 nicht nur als Kinder ihrer Eltern, sondern als gleichwertigen Teil der
32 Gesellschaft anerkennt: als Bürger*innen, die mit Rechten ausgestattet sind und
33

34 die einen Anspruch darauf haben, dass diese auch umgesetzt werden.^[11]

35 **Junge Menschen sind mehr als Schüler*innen und zukünftige Steuerzahler*innen.**
36 Politik darf junge Menschen nicht nur auf ihre zukünftigen Rollen in Arbeitswelt
37 und Gesellschaft reduzieren. Sie sind mehr als Schüler*innen, Konsument*innen,
38 potentiell Erwerbstätige und zukünftige Steuerzahler*innen. Sie sind
39 Träger*innen von Visionen, Werten und Hoffnung, sie haben ein Recht auf Zeit,
40 Freiräume und persönliche Entfaltung. Politik muss Orte stärken, an denen junge
41 Menschen wachsen, scheitern und neu aufblühen können – ohne Leistungsdruck, mit
42 Lebensfreude. Sie muss daher außerschulische Erfahrungsräume der
43 Selbstwirksamkeit als zentralen Bestandteil des Aufwachsens anerkennen und
44 stärken.

45 **Demokratie gehört allen – für eine Politik, die junge Menschen ernst nimmt &** 46 **empowert**

47 **Politik hat die Macht, die gesellschaftlichen Spielregeln zu gestalten** – und
48 damit auch die Verantwortung, dies im Sinne aller Generationen zu tun. Wir
49 fordern, dass dies in einer Form geschieht, dass junge Menschen sich ernst
50 genommen, empowert, wirksam, sicher und wohlfühlen. Eine lebendige Demokratie
51 muss inklusiv, repräsentativ und zukunftsgerichtet sein. Sie wird ihrem Anspruch
52 nur dann gerecht, wenn sie Menschen jeden Alters einbezieht. Eine Politik, die
53 empowert, zeigt: Ihr seid wichtig. Eure Meinungen zählen. Eure Zukunft ist unser
54 Maßstab. Generationengerechtigkeit leitet sich unmittelbar ab aus den Rechten
55 auf Beteiligung, Bildung, Entfaltung und Schutz – wie sie im Grundgesetz und der
56 UN-Kinderrechtskonvention verankert sind.^[11]

57 **Generationengerechtigkeit ist Querschnittsaufgabe**

58 **Alle Themen betreffen junge Menschen** – nicht nur die, auf denen ‚Jugend‘ steht.
59 Generationengerechtes Handeln heißt, Anliegen und Perspektiven junger Menschen
60 ressortübergreifend in allen politischen Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen
61 zu berücksichtigen. Es braucht verbindliche Strukturen, ressortübergreifende
62 Prüfmechanismen und eine klare politische Haltung, damit
63 Generationengerechtigkeit zum Standard wird.

64 **Demokratie lebt von Vertrauen – und das entsteht durch Beteiligung**

65 **Eine kinder- und jugendgerechte Politik stärkt das Vertrauen in Demokratie. Sie**
66 **ist der Schlüssel zu einer starken, solidarischen und widerstandsfähigen**
67 **Gesellschaft.** Wer von klein auf erlebt, dass die eigene Stimme zählt, entwickelt
68 ein Gefühl der Zugehörigkeit und ist eher bereit, Verantwortung zu übernehmen.
69 Wenn junge Menschen erleben, dass ihre Meinung Gewicht hat, sie mitgestalten
70 dürfen und ihre Interessen gehört werden, entsteht eine starke demokratische
71 Kultur, in der sich auch junge Menschen als Teil des demokratischen Prozesses
72 begreifen können. Dies fördert ihr politisches Interesse, stärkt das Vertrauen
73 in politische Strukturen und staatliche Institutionen.

74 **Generationengerechtigkeit ist eine Chance – für die gesamte Gesellschaft**

75 **Eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft kommt allen zugute.** Eine

76 Gesellschaft, die auch junge Menschen in den Blick nimmt, investiert nicht nur
77 in ihre Zukunft, sondern in das Gemeinwohl. Sie fördert sozialen Zusammenhalt,
78 Resilienz, nachhaltige Entwicklung und sie zahlt sich wirtschaftlich aus, weil
79 sie langfristig soziale Folgekosten senkt und Innovationskraft stärkt.
80 Generationengerechtigkeit stärkt die Demokratie – weil sie Verantwortung teilt.
81 Maßgeblich ist, dass die Wünsche und Anliegen verschiedener Generationen nicht
82 gegeneinander ausgespielt werden, sondern für ein stärkeres Miteinander sorgen.
83 Es braucht soziale Sicherungssysteme, die ein gutes Auskommen und eine gute
84 Versorgung für die Älteren leisten, ohne die jungen Menschen zu überfordern. Es
85 braucht Orte auch jenseits der klassischen Familienbeziehungen, damit die
86 Generationen nicht weiter voneinander abrücken.

87 **Unser Appell an die Bundesregierung:**

88 **1. Verankern Sie Generationengerechtigkeit als politische Leitlinie und** 89 **Haltung – in allen Ressorts, auf allen Ebenen.** Dies beinhaltet:

- 90 ◦ Die gesetzliche Verankerung und verbindliche Durchführung des
91 Jugend-Checks als begleitendes Instrument zur Abschätzung der
92 Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf junge Menschen. Die Ergebnisse
93 fließen maßgeblich in den Gesetzgebungsprozess mit ein.
- 94 ◦ Die konsequente Umsetzung und fortlaufende Weiterentwicklung der
95 Jugendstrategie der Bundesregierung, eng verzahnt mit der EU-
96 Jugendstrategie. Akteur*innen der Jugend(verbands)arbeit und der
97 Jugendsozialarbeit werden in die Umsetzung der Maßnahmen
systematisch eingebunden.

98 **2. Stärken Sie eine Sozialpolitik, die Armut bekämpft, soziale Gerechtigkeit** 99 **fördert und faire Chancen für alle Generationen schafft.** Dies beinhaltet:

- 100 • Die Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme zur wirksamen Bekämpfung
101 von (Jugend)Armut^[2], orientiert an Bedarfen und Lebensrealitäten
102 unterschiedlicher Altersgruppen.
- 103 • Die Anerkennung verschiedener Formen von Arbeit und ihrer Auswirkungen auf
104 die Lebensrealitäten junger Menschen – mit dem Ziel einer geschlechter-
105 und generationengerechten Verteilung von Zeit^[3], Ressourcen und Chancen.

106 **3. Sichern Sie die systematische Einbeziehung generationenübergreifender** 107 **Perspektiven in politische Entscheidungen.** Dies beinhaltet:

- 108 • Die Verankerung von Plätzen für junge Menschen in Entscheidungsgremien und
109 -prozessen. Mindestens 25 Prozent der Positionen in Parlamenten sowie
110 parteilichen Gremienstrukturen sind für Menschen unter 35 Jahren
111 vorzusehen.
- 112 • Den systematischen Einbezug von Jugendverbänden in die Beratung der
113 Bundesregierung – in Anerkennung ihres Wirkens als Werkstätten der
114 Demokratie - und somit als wichtige selbstorganisierte,
115

116 zivilgesellschaftliche demokratische Lernorte - und ihrem Auftrag, die
117 Anliegen und Interessen junger Menschen nach § 12 Abs. 2 SGB VIII zu
118 vertreten.

119 **4. Stärken Sie die Infrastruktur, die generationenübergreifenden Dialog und**
120 **Teilhabe ermöglicht – sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum. Dies**
121 **beinhaltet:**

- 122 • Die Gewährleistung des barrierefreien und gleichberechtigten Zugangs zu
123 digitaler Infrastruktur für alle Generationen – unabhängig von Alter,
124 Einkommen oder Herkunft.
- 125 • Die gleichberechtigte Berücksichtigung der Perspektiven und Bedürfnisse
126 aller Generationen bei der Sozialraumplanung sowie der Gestaltung und
127 Nutzung öffentlicher Räume.

128 Jetzt ist die Zeit, konstruierte Generationengrenzen zu überwinden und gemeinsam
129 eine Politik zu schaffen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt über
130 Altersgrenzen hinweg stärkt und zukunftsfähig macht. Lassen Sie uns gemeinsam
131 Verantwortung übernehmen – als Politiker*innen, als Wähler*innen, als
132 Christ*innen, als Gesellschaft.

133

134 **[1]** S. hierzu u. a.: UN-Kinderrechtskonvention: [https://headless-](https://headless-live.unicef.de/caas/v1/media/194402/data/77afdd9d17e246129b04e8aef70a01ab)
135 [live.unicef.de/caas/v1/media/194402/data/77afdd9d17e246129b04e8aef70a01ab](https://headless-live.unicef.de/caas/v1/media/194402/data/77afdd9d17e246129b04e8aef70a01ab) sowie
136 Artikel 2 Absatz 1 GG: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner
137 Persönlichkeit [...]“; Artikel 3 Absatz 1 GG: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz
138 gleich.“; § 1 Absatz 1 SGB VIII: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung
139 seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten,
140 eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“.

141 **[2]** Monitor Jugendarmut der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische
142 Jugendsozialarbeit (BAG KJS): <https://www.bagkjs.de/monitor-jugendarmut/>.

143 **[3]** BDKJ-Beschluss (2024): Zeitgerechtigkeit - Wir fordern gerechte
144 Zeitgestaltungsmöglichkeiten:
145 https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/4/4.48_Zeitgerechtigkei
146 [-t.pdf](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/4/4.48_Zeitgerechtigkei).

Begründung

Erfolgt mündlich.